

Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales
Herrn Bundesminister der Finanzen

(Nur per E-Mail)

Nachrichtlich:
Vorsitzende der Bundestagsausschüsse für
Arbeit und Soziales, der Finanzen und für den
Haushalt
Bundestagsfraktionen
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Bundesagentur für Arbeit
Deutscher Landkreistag
Deutscher Städtetag
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen:
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Name: Moritz Duncker
Durchwahl: 07121 / 309 609
E-Mail: Moritz.Duncker@jobcenter-ge.de
Datum: 07.07.2023

Verlagerung der Zuständigkeit für die Beratung zu Integration und Vermittlung der unter 25-Jährigen von den Jobcentern in die Bundesagentur für Arbeit

Sehr geehrte Herren Bundesminister Heil und Lindner,

wie wir erfahren haben, planen Sie die Zuständigkeit für die Beratung zu Integration und Vermittlung der jungen Menschen ab 01.01.2025 von den Jobcentern in die Bundesagentur für Arbeit zu verlagern. Dadurch sollen rund 900 Mio. Euro an Steuergeldern eingespart und stattdessen aus Mitteln der Sozialversicherung gedeckt werden.

Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück?

Wirklich arbeitsmarkt- und sozialpolitisch Sinn macht dieser rein haushaltspolitisch motivierte Taschenspielertrick nicht. Auch und gerade bei den unter 25-Jährigen ging und geht es in der Beratung nicht einfach „nur“ um Vermittlung in Ausbildung oder Arbeit. Vielmehr ist eine vielfältige soziale Beratung bis hin zu Fallmanagement gefragt. Psychische Probleme, Sucht, Schulden, Probleme mit den Eltern und Vieles mehr stehen einer schnellen und erfolgreichen Vermittlung in Berufsausbildung, bedarfsdeckende Arbeit oder zumindest strukturgebende Marktersatzmaßnahmen oftmals entgegen. Die Jobcenter haben in den letzten fast 18 Jahren eine entsprechende Beratungskompetenz aufgebaut, sind mit ihrer sozialraumorientierten Arbeit etabliert und respektiert und stellen auch in den Jugendberufsagenturen die treibende Kraft und die tragende Säule dar. Die Bundesagentur für Arbeit verfügt hingegen nicht über die entsprechenden Erfahrungen, Netzwerke und Strukturen und ist in der Fläche im Übrigen auch längst nicht so präsent. Die Zuständigkeit jetzt zu verlagern, wird zu einem Bruch in der Betreuung der jungen Menschen und zu einem Verlust an Beratungsqualität führen. Die zusätzliche Schnittstelle wird zudem Reibungsverluste in der Bearbeitung und Beratung der finanziellen Bürgergeld-Leistungen (inklusive Bildung und Teilhabe) mit sich bringen, die nach wie vor von den Jobcentern erbracht werden. Für die betroffenen Menschen bedeutet das zusätzliche nervliche und bürokratische Belastungen bei schlechterer Dienstleistung. Und das konterkariert die mit dem Bürgergeld gerade erst auf den Weg gebrachten Reformen (Stärkung

der Ausbildung und Weiterbildung, Wegfall des Vermittlungsvorrangs, Kooperationsplan, Aufwertung der Sozialberatung, ganzheitliche Betreuung und Coaching, etc.).

Sozialpolitik künftig nur noch nach Kassenlage?

Hinsichtlich der grundsätzlichen Ausfinanzierung des Sozialstaats ist das auch eine haushaltspolitisch schlechte Idee. Kurzfristig mag das Kalkül ja aufgehen, weil die Kasse der Arbeitslosenversicherung gerade wieder leichte Überschüsse verbucht. Hier wird die Zuständigkeit aber dauerhaft verschoben und die Versicherung mit versicherungsfremden Aufgaben belastet. Die Kassen der Sozialversicherung sind nicht immer gut gefüllt. Wenn die Mittel dann nicht mehr ausreichen, bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder ein Zuschuss oder Darlehen aus Steuermitteln (wodurch im Steuerhaushalt eben nichts eingespart wäre) oder die Beitragserhöhung, die Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen aufbringen müssten, was die Löhne und Gewinne schmälern und die Binnenkonjunktur insgesamt negativ beeinflussen würde.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Jahres erst um 0,2% erhöht wurde, wie vergleichsweise schnell die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2019 von rund 26 Mrd. durch die Pandemie aufgebraucht waren und sich das Defizit in den Jahren 2021 und 2022 auf rund 49 Mrd. aufsummierte. Angesichts Ihres Vorhabens wird es nicht möglich sein, dem Jahr 2019 vergleichbare und offenkundig notwendige Rücklagen innerhalb einer arbeitsmarkt- und haushaltspolitisch verantwortbaren Zeit erneut aufzubauen (das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung empfiehlt eine Rücklage von mindestens 0,65% des BIP).

Hinzu kommt, dass es ein schlechtes Signal an die Menschen in diesem Land sendet, wenn grundlegende Eckpfeiler der Sozialreformen der letzten 20 Jahre (Zusammenlegung der Kompetenzen, Zugangschancen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Alle, Hilfen aus einer Hand, Abbau von Bürokratie, Bürgernähe und Begegnung auf Augenhöhe) der Kassenlage geopfert werden. Ist der Sozialstaat verlässlich oder sind die Bedürftigen vom Gutdünken der Haushaltspolitik abhängig? Wir dürfen nicht riskieren, dass die Betroffenen sich ausgegrenzt, verlassen und benachteiligt fühlen. Die Folgen für unsere Gesellschaft und die Demokratie wären verheerend. Langfristig rächen sich Einsparungen im Sozialhaushalt und verursachen hohe gesellschaftliche Folgekosten.

Fürsorgepflicht, Respekt und Wertschätzung gegenüber Beschäftigten?

Nicht zu Letzt sei darauf hingewiesen, dass es nicht von Respekt und Wertschätzung gegenüber unseren Kolleg*innen im Bereich U25 zeugt, wenn sie nun offenbar die Dienststelle wechseln sollen. Im Falle der kommunalen Kolleg*innen bedeutet dies sogar einen Wechsel der Arbeitgeber*in und es ist bisher völlig ungeklärt, wie dieser vollzogen werden soll. Insbesondere in Zeiten des akuten Fachkräftemangels sollte die Bundesregierung einen solchen Schritt unterlassen und die Fürsorgepflicht gewissenhafter interpretieren.

Deshalb appellieren wir eindringlich an Sie: Geben Sie Ihre Pläne zur Verlagerung der Zuständigkeit für die Beratung zu Integration und Vermittlung der unter 25-Jährigen in die Bundesagentur für Arbeit auf und sorgen Sie für eine Ausfinanzierung des Bürgergelds aus Steuermitteln.

Hochachtungsvoll



(Moritz Duncker, Vorsitzender)